

Junge Union ist enttäuscht von Merz

Manuel Stroh wird voraussichtlich zum neuen JU-Kreisvorsitzenden gewählt / Er und Fabian Zahlecker kritisieren Rentenreformpaket

VON NILS GRAEFE

REMS-MURR-KREIS. „Ausschließlich die jüngeren und zukünftige Generationen werden die Mehrkosten dafür tragen müssen.“ Die Junge Union Rems-Murr teilt die bundesweite CDU-interne Kritik der Jüngeren am Rentenreformpaket, das Friedrich Merz (CDU), Lars Klingbeil (SPD) und Bärbel Bas (SPD) gerade durchzuboxen versuchen. „Es braucht eine große Sozialstaatsreform und genau deswegen werden auch Kommissionen eingerichtet. Doch bevor diese ihre Arbeit überhaupt aufgenommen haben, will die SPD hier Fakten schaffen“, sagt Manuel Stroh. Der Backnanger wird aller Voraussicht nach Tom-Lukas Lambrecht am Samstag (22.10.) als JU-Kreisvorsitzender abgelöst. Lambrecht tritt nicht mehr an, und Stroh ist der einzige Kandidat, der sich für diesen Posten zur Wahl stellt.

Rentenniveau: SPD pocht auf Verlängerung der Haltelinie

Die Junge Gruppe innerhalb der CDU hat mit Unterstützung mehrerer JU-Verbände auf dem Deutschlandtag in Rust am 15. Oktober starken Widerspruch geäußert zum von der Regierungskoalition vorgestellten Rentenreformpaket. Die Kritik entzündete sich daran, dass die im Reformpaket geschnürten Beschlüsse über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags weit hinaus gehen. Vor allem: Die Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2031 auf 48 Prozent (Rente im Verhältnis zum Lohn nach 45 Beitragsjahren) soll über dieses Jahr hinaus ausgeweitet werden (Verlängerung der Haltelinie).

„Als Junge Union Rems-Murr teilen wir die Kritik der Jungen Union auf Bundesebene und der Jungen Gruppe im Bundestag am Rentenreformpaket“, sagt Manuel Stroh. „Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung verlangt von den Abgeordneten, dass sie zusätzlichen Belastungen bei der Rente von rund 120 Milliarden Euro zustimmen sollen, Belastungen, die aufgrund des Umlagesystems ausschließlich von den jüngeren und von zukünftigen Generationen getragen werden müssen.“

Weil er weit über das im Koalitionsvertrag Vereinbarte hinausgeht, sei dieser Vorschlag des Arbeitsministeriums von Bärbel Bas eine Zumutung für Unionsabgeordnete, nicht nur für die der jungen Generation. „Der Nachhaltigkeitsfaktor bliebe ausgesetzt und die Haltelinie bestehen – 120 Milliarden Euro, die wir nicht haben; eine Vorfestlegung, die auch kommenden Legislaturperioden jeglichen fi-



Der voraussichtlich neue Kreisvorsitzende der Jungen Union im Rems-Murr-Kreis: Manuel Stroh aus Backnang. Er studiert Jura in Heidelberg und ist derzeit Bundesvorsitzender der Schüler-Union Deutschlands. Foto: CDU/Junge Union

nanziellen Spielraum nimmt“, sagt Stroh. Für die SPD gilt die Verlängerung der Haltelinie als Prestigeobjekt, weil sie dadurch hofft, der Partei wieder ein sozialeres Antlitz geben zu können und ihre Stammwählerschaft zu bedienen, mutmaßen Kritiker. Kanzler Merz habe hier zu schnell kleinbegeben, um den Koalitionsfrieden nicht zu gefährden, mit einem Koalitionspartner, der bei den Wahlen gerade einmal 16 Prozent geholt hatte.

Große Enttäuschung, dass sich die SPD durchsetzt

Das kritisiert auch Manuel Stroh: „Der Bundeskanzler hat im Wahlkampf versprochen, an der Seite der jungen Generation zu stehen und wir als JU haben in ihm echten Reformwillen erkannt und ihn deswegen immer unterstützt. Umso größer ist die Enttäuschung

jetzt darüber, dass sich die SPD offenbar durchzusetzen vermag, obwohl der Kanzler nicht nur hinter vorgehaltener Hand ja selbst davon spricht, dass es keine Argumente für die 120 Milliarden Euro gäbe. Das klingt alles viel zu sehr nach alter GroKo und zu wenig nach Aufbruch.“

CSU-Projekt Mütterrente – ebenfalls in der Kritik

Gerade daher sei der Druck der Jungen Union so wichtig. „Wir haben die Hoffnung, dass es zu Änderungen am Gesetz kommt, denn wir als JU haben unseren Standpunkt klar gemacht. Unsere 18 Abgeordneten werden den 120 Milliarden Euro nicht zustimmen und somit muss weiterverhandelt werden. Ob wir auf den Kanzler hoffen können, werden wir sehen“, sagt Stroh.

Auch Fabian Zahlecker, Sprecher des JU-

Kreisverbands, gibt sich enttäuscht: „In seiner Rede auf dem Deutschlandtag hat der Bundeskanzler davon gesprochen, dass man mit den Vorstellungen der JU bei der Rente keine Wahl mehr gewinnen könne. Damit macht er leider den Generationenkonflikt auf und bläst ins selbe Horn wie die SPD. Dabei gibt es keine Rentenkürzung, niemandem wird etwas weggenommen. Nur die Rentenerhöhung würde weniger stark steigen.“ Soziale Probleme in diesem Land müsse man anders lösen als mit einer Rentenpolitik, die den demografischen Wandel ignoriert. „Das System wird kollabieren, wenn wir jetzt nichts ändern. Friedrich Merz weiß das. Und die SPD hat sich aus unserer Sicht im Koalitionsvertrag ausreichend durchgesetzt – auf dessen Einhaltung wir ja pochen.“

„Die Mütterrente ist im Koalitionsvertrag vereinbart, insofern ist die Debatte hier et-

was anders gelagert“, sagt Fabian Zahlecker. „Die Junge Union pocht ja gerade auf die Einhaltung des Koalitionsvertrags und will verhindern, dass es zu Mehrbelastungen kommt, die nicht vereinbart waren. Aber grundsätzlich sagen wir als JU auch klar: Auch die Mütterrente ist eine große finanzielle Belastung, die den Interessen der nachfolgenden Generationen und solider Finanzpolitik zuwiderläuft“, so Zahlecker. „Wir haben schlicht kein Geld und keine Spielräume für teure Wahlgeschenke, sondern wir brauchen echte Reformen in Deutschland.“ Gleichwohl bringe die beschlossene Mütterrente jeder Frau mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden, genau 15 Euro mehr im Monat – „bei allem Respekt, aber betrachtet man diese Relation, sieht man die Unwucht dieser Maßnahme.“

Wirtschaft und Wissenschaft mahnen einen Stopp subventionierter Frühverrentung an. Wie sieht das die JU Rems-Murr? „Die Babyboomer strömen in den 50er-Jahren in die Rente und dies wird die demografische Super-Herausforderung für die umlagefinanzierten Sozialsysteme. Jede Maßnahme, die sinnvoll ist, um es Boomern attraktiv zu ermöglichen, länger aktiv am Erwerbsleben teilzuhaben, sollte überlegt werden“, sagt Manuel Stroh. „Das tatsächliche Renteneintrittsalter sollte erst einmal viel geholfen. Ein Vorschlag, wie man die 120 Milliarden Euro einsparen könnte, wäre zudem, wenn ab 2031 die Menschen einfach real zehn Monate länger arbeiteten. Wir sparen uns damit auch Debatten über die Rente mit 70, denn die wäre alles andere als realistisch. Aber die Rente mit 63 sollte dringend der Vergangenheit angehören.“

„Aktivrente hätte teils widersprüchliche Anreize“

Doch auch die im Reformpaket enthaltende steuerlich geförderte Aktivrente ist aufgrund der Steuerprivilegien der zu erwartenden „Aktiventner“ ein Verlustgeschäft für die öffentlichen Kassen. Fabian Zahlecker differenziert: „Die Aktivrente ist ein Vorschlag der CDU, um Menschen längeres Arbeiten attraktiv zu machen. Die Koalition hat sich darauf verständigt. Aber auch hier gilt es, den Verlust für die öffentlichen Haushalte gering zu halten. Durch die weiter gezahlten Beiträge erfährt das Rentensystem dennoch eine Stärkung und die Maßnahme könnte dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Dennoch sehen wir auch bei diesem Modell die teils widersprüchlichen Anreize.“